

Alexander Iben

# Staatlicher Schutz vor Meinungsrobotern

(Verfassungs-)Rechtliche Überlegungen zu einer staatlichen Schutzpflicht vor Einflüssen von Meinungsrobotern auf die politische Willensbildung in sozialen Netzwerken



Nomos

Herausgegeben von

Prof. Dr. Philip Kunig, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Gerhard Robbers, Universität Trier

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Universität Freiburg

*Alexander Iben*

# Staatlicher Schutz vor Meinungsrobotern

*(Verfassungs-)Rechtliche Überlegungen zu einer staatlichen  
Schutzpflicht vor Einflüssen von Meinungsrobotern auf die  
politische Willensbildung in sozialen Netzwerken*

Nomos Verlagsgesellschaft

*Alexander Iben. Geboren 1993 in Lübeck; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Greifswald; Erstes Staatsexamen 2017; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht (Prof. Dr. iur. Claus Dieter Classen) an der Universität Greifswald (2017-2020); Promotion 2021.*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Greifswald, Univ., Diss., 2021

1. Auflage 2021

© Alexander Iben

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8234-5

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2656-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748926566>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

## Vorwort

Die Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät als Promotion angenommen. Sie entstand während meiner Tätigkeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht von *Prof. Dr. Claus Dieter Classen* an der Universität Greifswald. Sie befindet sich auf dem Stand von Mai 2021.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater *Prof. Dr. Claus Dieter Classen*. Er hat die Arbeit von seiner Idee bis zum Abschluss begleitet, stand für ergiebige Gespräche zur Verfügung und hat mir neben wertvollen Hinweisen vor allem den notwendigen Freiraum für die Entwicklung eigener Argumente und Gedanken gegeben. Ihm war es zudem auch ein persönliches Anliegen, dass die Arbeit zu einem erfolgreichen Ende findet.

Ebenso danke ich *Prof. Dr. Axel Beater* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Auch er stand mir für fruchtbare Gespräche und Diskussionen zur Verfügung und hat das Entstehen der Arbeit stets interessiert verfolgt.

Von meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl gilt mein Dank neben *Ass. jur. Nadja Reimold* für zahlreiche wertvolle Gespräche und die angenehme Arbeitsatmosphäre vor allem auch *Dr. Christopher Bilz*, der mich zudem bei den Korrekturarbeiten am Manuskript vor Drucklegung unterstützt hat.

Den Herausgebern und dem Nomos-Verlag danke ich für die Aufnahme in die Schriftenreihe *Neue Schriften zum Staatsrecht*. *Dr. Marco Ganzhorn* danke ich für die Beratung und Betreuung bei der Drucklegung des Manuskripts.

Von meinen Freunden gilt *Richard Krahnstöver* besonderer Dank nicht nur für die Durchsicht des Manuskripts vor Abgabe, sondern vor allem auch für zahlreiche Gespräche und persönliche Einschätzungen zur Arbeit. Meiner Schwester, *Katharina Iben*, danke ich für die Zeit, die Sie in das Lektorieren der Arbeit investiert hat. Meiner Lebensgefährtin *Judith König* danke ich für die Geduld und die stets aufbauenden, motivierenden und zusprechenden Worte, die so maßgeblich zu dem erfolgreichen Abschluss der Arbeit beigetragen hat.

Der größte Dank gilt aber meinen Eltern, *Matthias* und *Renate Iben*, die mich stets auf jede erdenkliche Weise unterstützt haben. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	19
1. Teil: Einleitung .....	25
2. Teil: Grundlagen – Soziale Netzwerke, politische Willensbildung und Meinungsroboter .....	29
A. Soziale Netzwerke: .....	29
I. Annäherung an den Begriff des sozialen Netzwerks .....	30
II. Facebook .....	31
1. Personalisierung – zwischen Verbesserung des Dienstes und ökonomischer Rationalität .....	32
2. Der News Feed als Beispiel algorithmenbasierter Personalisierung .....	34
III. Twitter .....	35
B. Der Prozess der politischen Willensbildung .....	35
I. Makro-Ebene .....	37
II. Meso-Ebene .....	39
III. Mikro-Ebene .....	40
1. Allgemeines zum Prozess der Meinungsbildung .....	40
2. Informationsaufnahme und -verarbeitung als rationaler Vorgang? .....	41
3. Bedeutung für die politische Willensbildung .....	43
a. Relevanz externer Faktoren .....	43
b. Individuelle Verzerrungsfaktoren und Tendenzen .....	45
c. Herausforderungen und Veränderungen der Meinungsbildung im digitalen Zeitalter .....	47
C. Meinungsroboter und ihr Einfluss auf die politische Willensbildung der Nutzer .....	51
I. Herleitung des Begriffs der Meinungsroboter .....	51
II. Technische Umsetzung – Grundlagen .....	53

III. Verwendungsstrategien und abstraktes Einflusspotenzial .....	56
1. Informationsdiffusion, Verursachen von Trends .....	56
2. Verbreitung desinformativer Inhalte .....	58
3. Störung von Diskussionen .....	60
4. Veränderung des Meinungsklimas .....	61
5. Sekundäre, mittelbare Einflüsse in der Offline-Sphäre .....	62
6. Fazit: Abstraktes Einflusspotential .....	63
IV. Konkretes Einflusspotenzial – Empirische Forschungsergebnisse und Beweisschwierigkeiten .....	63
V. Relevante Faktoren für den konkreten Wirkungsgrad .....	67
VI. Unterschiede zwischen bot-gestützter und herkömmlicher Einflussnahme .....	69
1. Identitätstäuschung und Täuschung über quantitative Legitimität .....	70
2. Strukturell divergierende Reichweite .....	71
3. Ausnutzung netzwerkinterner Effekte .....	72
a. Nutzergemeinschaft als Trendbestimmer .....	72
b. Personalisierung, Filterblasen Echokammer .....	72
4. Fazit .....	74
VII. (Verfassungs-)Rechtliche Bedeutung der bisherigen Befunde? .....	74
 3. Teil: Die Wandlung der Rolle des Staates im digitalen Zeitalter – Der Staat als Garant (manipulationsfreier) politischer Willensbildung? .....	77
 1. Kapitel: Die Begründung einer staatlichen Verantwortung für die kommunikationsgrundrechtlichen Schutzgüter in digitalen Kommunikationsräumen .....	78
A. Der rundfunkrechtliche Regelungsauftrag des Gesetzgebers .....	81
I. Entwicklung .....	81
II. Die verfassungsdogmatischen Aussagen des BVerfG .....	84
III. Kritische Rezeption der Rechtsprechung .....	85
B. Grundrechtliche Schutzpflichten des Staates .....	90
I. Grundlagen grundrechtlicher Schutzpflichten .....	91
II. Voraussetzungen und Inhalt der Schutzpflichten .....	96
1. Tatbestandliche Voraussetzungen .....	97



a. Einschränkungsvorversuche in der Literatur .....	99
b. Die Rechtsprechung des BVerfG: .....	102
c. Fazit: Gefahrenschwelle als Minimalkonsens .....	105
2. Die Rechtsfolge – Inhalt und Ausgestaltung staatlicher Schutzpflichten .....	105
a. Allgemeine Grenzen .....	106
b. Spezifische Vorgabe der Schutzpflichtendimension .....	107
aa. Ausgangspunkt Gestaltungsspielraum des Staates .....	107
bb. Untermaßverbot als Direktive der Effektivität .....	110
aa. Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht .....	111
cc. Operable Formel des Untermaßverbots .....	113
c. Fazit: Untermaßverbot als rechtspraktische verfassungsrechtliche Grenze .....	116
 2. Kapitel: Aktivierung grundrechtlicher Schutzpflichten durch Meinungsroboter in digitalen Kommunikationsräumen?	117
A. Schutzpflichten im Verhältnis (Bot-)Verwender-Staat-Nutzer .....	117
I. „Unschärfe“ im bisherigen Umgang mit der Schutzpflichten- Dogmatik im Kontext der Meinungsroboter .....	118
II. Relevanter Übergriff auf grundrechtliche Schutzgüter? .....	121
1. Übergriff auf die Meinungsäußerungsfreiheit .....	121
a. Übergriff durch „psychische Zwangswirkung“? .....	122
b. Überschreitung der Bagatellgrenze – Einsatz von Meinungsrobotern als bloße Belästigung? .....	123
2. Veränderung der „kommunikativen Chancengleichheit“ .....	127
a. Begründbarkeit einer Schutzpflicht zugunsten der „kommunikativen Chancengleichheit“? .....	128
b. Inhaltliche Reichweite des Schutzes kommunikativer Chancengleichheit .....	131
c. Bloße Bagatelle oder beachtlicher Übergriff? .....	134
3. Übergriff auf die Informations- und Meinungsbildungsfreiheit	134
4. Übergriff auf die Freiheit der Wahlentscheidung .....	137
5. Fazit: Übergriff auf die kommunikationsgrundrechtlichen Güter .....	139
III. Fakultative Risikovorvorsorge oder obligatorische Gefahrenabwehr?	140
1. Bedeutung der betroffenen Grundrechtsgüter .....	141
2. Potentielles Schadensausmaß .....	143

a. Allgemeine Bedeutung der Netzwerke als digitale Informations- und Kommunikationsräume .....	143
b. Meinungsäußerungsfreiheit .....	144
c. Kommunikative Chancengleichheit .....	145
d. Informations- und Meinungsbildungsfreiheit .....	146
e. Wechselseitige Verstärkungen der Effekte und das übergeordnete Schutzgut der Kommunikation .....	148
f. Zwischenfazit .....	150
3. Die Eintrittswahrscheinlichkeit – empirische Unsicherheiten und Rationalitätsanforderungen an die Schutzpflicht .....	151
4. Obligatorische Risikovorsorge und Gefahrenabwehr? .....	158
IV. Fazit: Schutzpflicht wegen einer zumindest abstrakten Gefährlichkeit .....	162
B. Schutzpflichten im Verhältnis Staat-Nutzer-Netzwerkbetreiber .....	162
 3. Kapitel: Rechtsfolgen der Schutzpflicht – Schutzbedarf und Handlungsoptionen des Staates .....	166
A. Das Übermaßverbot und kollidierende Grundrechte als relative Grenze der Schutzverantwortung .....	166
I. Der grundrechtliche Schutz der Meinungsroboter unter der Meinungsfreiheit .....	166
1. Automatisierte Äußerungen als geschützte Meinungsäußerung? .....	167
a. Zurechnung aufgrund der Verantwortungs- und Herrschaftssphäre als einfach-rechtlicher Grundsatz .....	168
b. Bedeutung für die Frage einer grundrechtlichen Zurechnung der Äußerungen .....	170
2. Sachlicher Schutz der Inhalte .....	174
3. Restriktion des Schutzbereichs im Falle von Meinungsrobotern? .....	177
a. Allgemeines zur Konzeption von Schutzbereichsausnahmen .....	177
b. Übertragung auf politische Bots .....	180
aa. Identitätstäuschung .....	180
(I.) Identitätstäuschung als Bestandteil der Modalitätsfreiheit .....	181

(II.) Berücksichtigung der Rechtsprechung bei unrichtigen Zitaten .....	183
(III.) Widerspruch zum Schutzzweck? .....	184
bb. Meinungsmacht – quantitative Legitimität .....	187
cc. Manipulative Zielsetzung .....	188
(I.) „Prima-facie-Beweis“ einer manipulativen Absicht? .....	189
(II.) Materielle Beweislast des Grundrechtsträgers? ..	191
(1.) Negative Grundregel der Beweislast .....	192
(2.) Normentheorie .....	193
(3.) Grundrechtsimmanente Beurteilung der Beweislastverteilung .....	194
(4.) Fazit: keine materielle Beweislast des Grundrechtsträgers .....	195
4. Fazit: Schutz der Meinungsroboter durch die Meinungsfreiheit .....	195
II. Grundrechtlicher Schutz der Interessen der Netzwerkbetreiber ...	196
III. Kommunikationsfreiheiten der Nutzer .....	200
B. (Spezifische) Grenzen der grundrechtlichen Schutzpflicht im Falle der Meinungsroboter .....	201
I. Vorbehalt der Möglichkeit staatlichen Schutzes .....	201
1. Dichotome Gesetzgebungszuständigkeiten – Adressat der Schutzpflichten .....	201
2. Unionskompetenzen, sekundärrechtliche Medienregulierung und Herkunftslandprinzip .....	203
3. Faktische Grenzen staatlicher Regulierung .....	205
II. Die Schutzbedürftigkeit der Nutzer als Grundprämisse und Grenze staatlichen Schutzes .....	206
1. Schutzbedarf der Meinungsäußerungs-, Informations- und Meinungsbildungsfreiheit .....	207
a. Kein prinzipieller Widerspruch zur grundrechtlichen Autonomie .....	207
b. Schutzbedarf der Meinungsäußerungsfreiheit .....	211
c. Schutzbedarf der Informationsfreiheit bzw. Meinungsbildung .....	212
aa. Täuschungswirkung .....	212
(I.) Vergleichbare, einfach-rechtliche Konstellationen	213
(II.) Vergleichbarkeit und Konsequenzen für die Täuschungswirkung von Meinungsrobotern .....	216

(III.) Fazit: Insbesondere Förderung von Transparenz und Medienkompetenz .....	219
bb. Desinformative Inhalte .....	220
cc. Einseitige Informationsrezeption .....	221
d. Fazit: Transparenz, Medienkompetenz als wesentliche Schutzmaximen .....	223
2. Schutzbedarf der kommunikativen Chancengleichheit .....	224
3. Kumulation der Wirkungsweisen und Schutzbedarf des Kommunikationsprozesses in toto .....	224
C. Untermaßverbot – Erfüllung und Konkretisierung der staatlichen Schutzpflicht? .....	226
I. Das bisherige Schutzkonzept des Staates .....	226
1. Beobachtung, Überwachung und Erkenntnissicherung durch den (Bundes-)Gesetzgeber .....	227
2. Allgemeine rechtliche Vorgaben für den Einsatz von Meinungsrobotern: .....	227
a. Vertragsrechtliche Vorgaben .....	228
aa. Wirksamkeit der Nutzungsbedingungen .....	229
(I.) Anwendbarkeit des deutschen Vertragsrechts? ...	229
(II.) Transparenzerfordernis des § 305 Abs. 2 BGB ...	231
(III.) Inhaltskontrolle der AGBs – Unwirksamkeit der Regelungen? .....	232
bb. Vertragliche Sanktionen bei Vertragsverstößen .....	233
b. Gesetzliches Schuldrecht – (Quasi-)negatorischer Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch, §§ 1004 Abs. 1, 823 Abs. 1 BGB .....	234
c. Urheberrecht: .....	235
d. Strafrecht .....	237
aa. Das Verändern statistischer Daten als tatbestandliche Handlung der §§ 303a, b StGB? .....	237
(I.) Datenveränderung, § 303a StGB .....	237
(II.) Computersabotage, § 303 b Abs. 1, 2 StGB .....	238
bb. Grenzen für Beitragsinhalte .....	240
e. Spezialfall: völkerrechtliches Interventionsverbot .....	242
f. Fazit: Betreiber als (ineffektive) Garanten konkreten Schutzes .....	243
3. Spezifische Schutzmechanismen für die Informationsfreiheit .....	243
a. Soft-law Regularien .....	244
aa. Maßnahmen der Betreiber .....	244
bb. EU-Verhaltenskodex .....	245

(I.) Allgemeines .....	246
(II.) Würdigung und spezifische Probleme .....	246
b. Medienkompetenzvermittlung .....	248
aa. Bildung der Medienkompetenz im schulischen Bereich .....	249
bb. Medienkompetenz älterer Nutzerschichten .....	251
cc. Fazit: .....	252
c. Transparenzvorgaben des Medienrechts, insbesondere §§ 5 ff. TMG, 55 RStV .....	252
aa. Kennzeichnungspflicht nach § 5 Abs. 1 TMG .....	253
bb. Kennzeichnungspflicht des § 55 Abs. 1 RStV .....	257
cc. Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht .....	260
dd. Fazit: Lückenhafte Transparenzvorgaben des Medienrechts .....	261
d. Datenschutzrechtliche Vorgaben .....	261
e. Fazit: Primär selbstregulatorischer Schutz durch Betreiber .....	266
4. Spezifische Schutzmechanismen für die Meinungsäußerungsfreiheit .....	266
a. Einfach-rechtlicher Schutz vor Beeinflussung der Willensbetätigung .....	266
aa. Schutz der allgemeinen freien Willensbetätigung, § 240 StGB .....	267
bb. Schutz der politischen Willensbetätigung im Rahmen von Wahlen .....	268
cc. Schutz der politischen Meinungsäußerung durch das Wahlrecht .....	268
b. Spezifischer verfassungsrechtlicher Schutz der Wahläußerung vor Einflussnahme .....	269
aa. Einsatz durch staatliche Akteure: .....	270
bb. Einsatz durch private Akteure .....	271
(I.) Vergleichbarkeit der Charakteristika der Meinungsroboter .....	272
(II.) Kumulation von Äußerungsinhalten und Verbreitungsform bei Desinformation? .....	274
cc. Besonderheiten beim Einsatz durch Parteien .....	277
(I.) Bedeutung und Funktion der Parteien .....	277
(II.) Verfassungsunmittelbare Grenzen des Einsatzes? .....	278
c. Fazit: Kein spezifischer Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit .....	281
5. Bewertung des bisherigen Schutzkonzeptes im Lichte des Untermaßverbots .....	282

II. Die Neuregelung des RStV durch den MStV .....	287
1. Spezifische Kennzeichnungspflicht für Meinungsroboter .....	288
a. Telemediendienstanbieter .....	290
b. Definition eines Meinungsroboters .....	290
aa. Begrenzung auf eine doppelte Täuschungswirkung? ..	290
bb. Begrenzung auf allein meinungsbildungsrelevante Inhalte? .....	293
c. Soziales Netzwerk .....	294
d. Fazit: Meinungsroboter als zentraler Regulierungsgegenstand .....	296
2. Vorgaben für Medienintermediäre, §§ 91–96 MStV .....	296
a. Begriff des Medienintermediärs .....	296
b. Allgemeine Regulierungsvorgaben für Medienintermediäre .....	297
c. Sorgetragungspflicht für Betreiber sozialer Netzwerke nach § 93 Abs. 4 MStV .....	300
aa. Die Bedeutung der Sorgetragungspflicht des § 93 Abs. 4 MStV .....	300
(I.) National-rechtliche Auslegungscanones .....	301
(1.) Wortlaut „Sorge tragen“ .....	301
(2.) Systematik .....	302
(3.) Normgenese .....	303
(4.) Telos der Norm .....	304
(5.) Zwischenfazit: Infrastrukturelle Verantwortung und regulierte Selbstregulierung im Kampf gegen Meinungsroboter .....	305
(II.) Verfassungs- bzw. grundrechtliche Implikationen	305
(1.) Interessen der Betreiber, insbes. Art. 12 Abs. 1 GG .....	305
(2.) Schutzbedarf der Kommunikationsfreiheiten der Nutzer .....	311
(3.) Weitere kollidierende grundrechtliche Interessen .....	312
(4.) Zwischenfazit: Zugangskontrolle als Mindestschutz, präventive Überwachung als zumutbare Anforderung möglich .....	313
(III.) Auslegung im Lichte der E-Commerce-RL .....	314
(1.) Unproblematische Fälle: Identitätskontrollen, Beschwerdemanagement, Zugangskontrollen	315

(2.) Proaktive Überwachung der Datenströme und eigenständige Kennzeichnung .....	315
(a.) Überzeugende Einwände gegen eine Kollision mit Art. 15 Abs. 1 ECRL? .....	316
(b.) Richtlinienkonforme Ausnahme im Falle der Meinungsroboter? .....	317
(aa.) § 93 Abs. 4 MStV als „spezifischer Fall“? .....	318
(bb.) Bereichsausnahme des Haftungs- privilegs im Falle von § 93 Abs. 4 MStV? .....	320
(cc.) Art 1 Abs. 6 ECRL als „Öffnungs- klausel“ für § 93 Abs. 4 MStV? ...	327
(c.) Fazit: Vereinbarkeit mit der E-Commerce-RL .....	329
(IV.) Vereinbarkeit einer proaktiven Pflicht mit der DS-GVO? .....	330
(V.) Fazit: präventive Kontrolle als Mindestmaß, proaktive Überwachung als Verantwortung meinungsrelevanter Betreiber .....	331
bb. Verhältnis von § 93 Abs. 4 MStV zu den Regelungen der Netzbetreiber .....	332
d. Ergänzende Satzungsbefugnis der Medienanstalten, § 96 MStV .....	333
e. Kontrollbefugnisse und Durchsetzungsmöglichkeiten des Staates .....	334
aa. Ordnungswidrigkeitentatbestände .....	334
bb. Aufsichtsrechtliche Befugnisse und Maßnahmen der Landesmedienanstalten .....	336
f. Vereinbarkeit mit den europäischen Vorgaben im Übrigen	337
aa. Vereinbarkeit mit der P2B-Verordnung .....	338
bb. Marktortprinzip d. § 1 Abs. 8 MStV – Verstoß gegen das Herkunftslandprinzip d. Art. 3 ECRL? .....	340
cc. Vereinbarkeit mit der Dienstleistungsfreiheit .....	346
g. Fazit: Zulässiges, transparenzerhöhendes Schutzkonzept der Länder .....	347
3. Bewertung des Schutzkonzeptes anhand des Untermaßverbots	348
a. Bewertung der allgemeinen Intermediärvorgaben .....	350
aa. Vereinbarkeit mit den Grundsätzen „Effektivität“ und „Erforderlichkeit“ (3. Stufe)? .....	350

bb. Angemessener Ausgleich zwischen Schutzbedürfnissen und Abwehrrechten (4. Stufe) .....	354
b. Bewertung des Schutzkonzepts gegen Einflüsse der Meinungsroboter .....	356
aa. Ausgleich zwischen „Effektivität“ und „Erforderlichkeit“ (3. Stufe) .....	357
(I.) Fehlende Berücksichtigung akkumulierter Netzwerkdaten .....	358
(II.) Fehlende präventive Wirkung? .....	359
(III.) Faktische Wirksamkeitshemmung durch ökonomisch-rationale Herangehensweise der Betreiber? .....	360
(IV.) Faktische Wirksamkeitshemmung durch das Herkunftslandprinzip des § 1 Abs. 7 MStV? .....	361
(V.) Zwischenergebnis: .....	363
bb. Angemessener Ausgleich zwischen grundrechtlichen Schutzbedürfnissen und grundrechtlichen Abwehrrechten (4. Stufe) .....	363
(I.) Kennzeichnungspflicht des § 18 Abs. 3 MStV ....	363
(II.) Sorgetragungspflicht der Netzbetreiber, § 93 Abs. 4 MStV .....	367
(1.) Beeinträchtigung der unternehmerischen Freiheit, Art. 12 Abs. 1 GG .....	367
(2.) Privatisierung staatlicher Kontrollverantwortung? .....	369
(3.) Die Meinungsfreiheit betroffener Nutzer bei falsch-positiven Kennzeichnungen bzw. Sperrungen .....	370
(a.) Vergleichbare Problemlagen .....	371
(b.) Vertragsrechtliches Problem oder grundrechtliche Relevanz? .....	372
(c.) Verfahrensrechtliche Absicherung als vom Übermaßverbot geforderter Schutz? .....	374
(d.) Verfassungswidrigkeit des MStV? .....	375
(e.) Zukünftige Verfahrensrechtliche Ausgestaltung .....	376
(4.) Zwischenfazit: Abgestuftes Schutzkonzept als Kompromiss zwischen Schutz- und Abwehrrechten .....	380
4. Bilanz des Medienstaatsvertrages .....	381



III. Fazit: Prinzipiell wirksame Konkretisierung der Schutzverantwortung durch die Länder .....	383
4. Kapitel: Ausblick auf die zukünftige (Rechts-)Entwicklung .....	384
A. Berichtspflichten als Maßnahme der Sensibilisierung und Stärkung der Nutzerautonomie .....	385
B. Veränderungen der Nutzeroberfläche oder des Algorithmus .....	386
C. Spezielles Einsatzverbot für bestimmte Urheber? .....	388
D. Forschungszugang zu sozialen Netzwerken .....	388
I. Grundrechtliche Implikationen .....	390
II. Perspektive für eine (gesetzliche) Ausgestaltung .....	393
III. Spezieller Zugriff zur Implementation von Meinungsrobotern? ..	395
E. Klarnamenpflicht für soziale Netzwerke .....	397
I. Notwendigkeit einer entsprechende Identifizierungspflicht .....	398
1. (Faktische) Anonymität als Auslöser rechtswidriger Äußerungen? .....	399
2. Spezifische Gefahrenlage und fehlende Effektivität bestehender Regelungen? .....	400
3. Kostenrisiko als eigentliches Problem? .....	402
II. Verhältnismäßigkeitserwägungen .....	402
III. Fazit: Einführung einer relativen Klarnamenpflicht als rechtspolitisches Problem .....	406
F. Medienkompetenz .....	407
G. Ergänzender Schutz vor Desinformation .....	408
I. Wahlrechtliche Maßnahmen nach dem Vorbild des „loi relative à la lutte contre la manipulation de l'information“ Frankreichs ....	409
II. Strafrechtliches Verbot von Desinformation? .....	410
1. Wahlrechtspezifischer Schutz .....	410
2. Kollektiver Schutz des Kommunikationsprozesses .....	411
3. Fazit: Strafrechtlicher Schutz vor allem eine rechtspolitische Frage .....	414
III. Alternative (medienrechtliche) Ansätze .....	415

IV. Fazit: Kein auswegloser, aber ein zurückhaltender Kampf ist möglich .....	418
H. Handlungsbedarf auf europäischer Ebene .....	418
I. Fazit: Stärkung der Eigenverantwortung als vorrangiges Regulierungsziel .....	421
4. Teil: Zusammenfassung .....	423
Literaturverzeichnis .....	433

## Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Zeitschrift für das gesamte Medienrecht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
API	Application programming interface
B2B	Business-to-Business
B2C	Business-to-Customer
B-W	Baden-Württemberg
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
Beck-OK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	beck-online.RECHTSPRECHUNG
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKartA	Bundeskartellamt
BK-GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestag Drucksachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzw.	beziehungsweise
Ch.	Chapter
CR	Computer und Recht
ComSoc	CommunicationSocialis
ders.	derselbe

dies.	dieselbe/n
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DVB1.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
ECRL	E-Commerce-Richtlinie 2000/31/EG
EDPB	European Data Protection Board
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJoC	European Journal of Communication
ERGA	European Regulators Group for Audio-visual Media Services
Erwgr.	Erwägungsgrund
EuGrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GewArch	GewerbeArchiv
GG	Grundgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungs-Report
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungssammlung
Hb	Handbuch
HbGR	Handbuch der Grundrechte
HbStaatskirchenR	Handbuch des Staatskirchenrechts
HbStR	Handbuch des Staatsrechts
Hb VerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
Hervorh. d. Aut.	Hervorhebung des Autors
HRN	Hamburger Rechtsnotizen

I.E.	im Ergebnis
IEEE	Institute of Electrical and Electronics Engineers
InTeR	Innovations- und Technikrecht
i.S.d.	im Sinne des
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
JuS	Juristische Schulung
jurisPR-ITR	juris PraxisReport IT-Recht
JZ	Juuristenzeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KMK	Kultusministerkonferenz
K&R	Kommunikation und Recht
LG	Landgericht
LT B-W Drs.	Drucksachen des Landtages Baden-Württemberg
MMR	Multimedia und Recht
MüKo	Münchener Kommentar
MStV	Medienstaatsvertrag
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht – Rechtsprechungs-Report
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NRW	Nord-Rhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OLG	Oberlandesgericht
P2B-VO	Platform-to-Business-Verordnung (EU) 2019/1150
PinG	PinG – Privacy in Germany
PNAS	Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
PraxisHb	Praxishandbuch

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rechtshb	Rechtshandbuch
RiBVerfG	Richter am Bundesverfassungsgericht
RiW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RW	Rechtswissenschaft
S.	Seite
sog.	sogenannte/r
Staat	Der Staat
StGB	Strafgesetzbuch
SV	Sondervotum
TMG	Telemediengesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
u.a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UFITA	Archiv für Medienrecht und Medienwissenschaft; ehemals Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UrhG	Urhebergesetz
Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
u.v.m.	und vieles mehr
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VersG	Versammlungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VuR	Verbraucher und Recht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WWW	World Wide Web
ZD	Zeitschrift für Datenschutz

---

ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZUM	Zeitschrift für Urheber und Medienrecht

